Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern 10 Pf.

Redaktion und Expedition: 153 Fernsprecher 222 Johannisgasse 8.
Haupt-Filiale Dresden: Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603).

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, nach den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰. — Tabellarischer und Ziffernsatz werden entsprechend höher berechnet. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Extra-Beilagen (nur mit der Morgen-Ausgabe) nach besonderer Vereinbarung.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).

Nr. 585. — Donnerstag den 17. November 1904. — 98. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Admiral Lord Beresford ist von 1905 ab zum Chef des englischen Mittelmeergeschwaders ernannt worden.

* Es verlautet, daß die meisten europäischen Mächte sich bereit erklärt haben, einer zweiten Haager Konferenz beizuwohnen. Als erste hat jetzt die Regierung von Oesterreich-Ungarn offiziell ihre Zustimmung zu den Vorschlägen Roosevelts gegeben. (S. Letzte Dep.)

* Der in Tschifu vor Anker gegangene russische Torpedobootszerstörer „Rasteropny" wurde vom Taotai abgerüstet, worauf die Russen das Schiff in die Luft sprengten. (S. Letzte Dep.)

Die Kanal-Komödie.

Die preußische Regierung geht demnächst den herrlichen Tagen entgegen, die uns schon vor Jahren angekündigt wurden, sich aber bisher weder für die Regierenden, noch für die Regierten einstellen wollten. In der letzten Zeit sind die Träume der preußischen Staatsmänner von dem Alb der Kanalvorlage belastet worden. Gewiß fuhr, ums Morgenrot, der Kanzler oft genug aus schweren Träumen, in denen er den Massenschritt der disziplinierten Landräte auf der stillen Wilhelmstraße vernommen hatte. Die Kanalangelegenheit war — man muß es leider sagen — zu einem öffentlichen Skandal, die leitenden Männer waren zum politischen Kinderspott geworden. Die Kanalvorlage hatte so viel Perioden durchgemacht, daß eine sorgfältige historische Darstellung Bände füllen würde. Zu guterletzt war man, um mit Lamprecht zu sprechen, in der Periode der „Reizsamkeit" angelangt, und bei jedem Artikel, der in der „Waschküche der öffentlichen Meinung" vom Freiherrn von Zedlitz oder einem ähnlichen Wettermacher verbrochen wurde, zuckten die Beteiligten nervös zusammen, denn noch immer konnte ja das vielaktige Drama einen tragischen Ausgang nehmen. Freilich rogten einer ehernen Säule gleich unter den vielen mündlichen und schriftlichen Aeußerungen die herrlichen Worte des Ministers Thielen stolz hervor: „Gebaut wird er doch!" Aber die Zahl der Skeptiker, die an dieser Prophezeiung die bestimmte Terminierung vermißten, und behaupteten, Chidher, der ewige Junge, werde noch abermal fünfhundert Jahren ganz sicher nicht am Kanal vorüberfahren, wuchs mit jedem Tage. Doch siehe! Plötzlich erstand der Retter aus der Not. Die Wolken, die noch eben den Horizont umdräut hatten, pustete der Abgeordnete am Jahnhoff so leicht auseinander, als wären es Federflocken, und ein italienischer Himmel blaut heute wieder über der parlamentarischen Landschaft. Das hat mit seinem Schleppmonopol, das böse Menschen schon ein Verschleppmonopol nannten, dieser Abgeordnete getan, den noch in späten Jahren offiziöse Annalen preisen werden, so wie die Stadt Wien heute den Befreier vom Türkenjoch Johann Sobiesky preist. Die Taten der preußischen Regierung durch das Zentrum, so wird die Aufschrift über jenem Kapitel preußischer Denkwürdigkeiten lauten, dessen dramatisches Interesse, dessen vielverschlungene Gänge, dessen überraschende Peripetien den Leser im Jahre 2000 noch stärker erregen werden, als die Lektüre des „Toten Löwen" die erschütterten Zeitgenossen.

Nicht mehr ist es fürder rätlich, den Kanal verächtlich als den Torso zu bezeichnen, denn schon hat die schnellebige Mitwelt fast vergessen, daß ja aus dem Marmorblock, mit welchem der so selten pathetische Graf Posadowsky die Vorlage verglichen hatte, nur ein Stücklein zur Plastik erstanden ist. Nicht mehr darf man den Kanal einen „Wechselbalg" nennen, denn die achtzehn Väter der Kommission würden den Frevler zerschmettern, der daran zu zweifeln wagte, daß der in der parlamentarischen Retorte gezeugte Homunculus stolz und lebenskräftig heranwachsen werde. Die Abstimmung der Kommission ebnet der Regierung die Wege und eine neue Gloriole breitet sich um das Haupt des Grafen Bülow. Er hat wieder mit bewährter diplomatischer Kunst einen „Erfolg" errungen. Zwar hat der Abgeordnete Arent vor Kurzem mit einem Hohn, der ihn neben die ersten Pamphletisten aller Zeit stellt, nachgewiesen, daß der Kanal völlig unschädlich geworden sei, daß alle Nachteile und ebenso alle Vorteile beseitigt seien und daß der Kanal von heute gar nicht der Kanal von ehedem sei, aber das schadet nichts. Wie der Mensch nach neueren Forschungen auch nur ein Empfindungskomplex ist, und doch an seinem Schein-Ich starr festhält, so ist auch der Kanal, mag sich die Vorlage auch noch so sehr verändert haben, dem großen Publikum eben „der Kanal" geblieben. „Gebaut wird er doch" und die Regierung hat scheinbar über die agitatorisch-konservative Fronde einen Sieg errungen. Wer freilich genauer hinsieht, der entdeckt, daß hier der juristische Satz „Si duo faciunt idem, non est idem" zu vollem Rechte kommt. Wenn heute der Landtag den Kanal annimmt, so tut er nicht dasselbe, was der Landtag einer früheren Periode mit der Annahme getan hätte.

Der Erfolg der Regierung ist also eine Attrappe, ihr Sieg ein Pyrrhussieg und die nächste sichtbare Folge die, daß sich zwischen der preußischen Regierung und den Konservativen nun jenes so lange vermißte vertrauensvolle Verhältnis anbahnen wird, das den liberalen Parteien das wachsamste Mißtrauen zur Pflicht macht. Die liberalen Anwandlungen des feinkultivierten Grafen Bülow sind ephemer. Bleibend ist die massive Wucht der zur Phalanx geschlossenen konservativen Kaste und wir werden in den nächsten Monaten ganz sicher in der parlamentarischen Politik die tiefen Spuren ihrer Einwirkung wahrnehmen. Dies ist eigentlich die wichtigste Folge der Kommissionsabstimmung. Selbstverständlich ist damit der Vorhang über der Kanalkomödie noch nicht gefallen. Wir werden noch sehr viele politische, wirtschaftliche, und statistische Artikel des Herrn von Zedlitz lesen müssen, ehe der erste Spatenstich getan wird. Das eine aber ist sicher, daß die konservative Fraktion das Recht hat, sich mit dem Kanzler zu einem traulichem Male zu vereinigen und mit ihm auf Gleichheit und Brüderlichkeit anzustoßen. Auf die Freiheit werden die Herren keinen Wert legen.

Der Aufstand in Südwestafrika.

Zum Aufruhr der Bethanier.

Das Gebiet der Bethanier, deren Kapitän Paul Frederiks, wie eine Meldung von Mitte Oktober besagte, bemüht war, seine Leute vom Aufstand zurückzuhalten, erstreckt sich nördlich gegen Groootfontein bis in das Gebiet der nördlichsten Quellarme des Konkip, an dem Bethanien liegt. Etwa 85 Kilometer nordwestlich von letzterem Orte und etwa 105 Kilometer nordöstlich von Kubub liegt der in dem Telegramm genannte Farmplatz Kunjas in ausgezeichnetem Weidefeld mit gutem Trinkwasser. Die Siedelung wird laut „Nordd. Allg. Ztg." auch nach dem Besitzer der Farm Masens-Farm genannt.

Die von Morenga geplünderte Farm Heinabis liegt in Luftlinie von Keetmanshoop nur 35 Kilometer entfernt im Tal des Löwenflusses, doch erhebt sich zwischen beiden Orten ein, wie es scheint, stark durchschnittener Höhenzug, der in den Bramadbergen bedeutendere Höhen erreicht.

Die Entstehung des Aufstandes.

Ueber die Entstehung des Aufstandes in unserm südwestafrikanischen Schutzgebiet hat der Kaufmann Hermann Finster aus Windhuk sich dieser Tage in der Deutschen Kolonialgesellschaft zu Berlin wie folgt ausgesprochen:

Die begleitenden Umstände, unter denen Leutnant Zobel in Warmbad seinen Tod gefunden hatte, riefen bei Landeskennern schon damals die ernste Besorgnis wach, daß der Bondelzwartaufstand nicht bloß lokaler Natur sei. Die Truppennachschübe aus dem Damaralande nach dem Namalande fast bis zur völligen Entblößung des Damaralandes — nur die mittlerweile eingezogenen Mannschaften der Reserve und Landwehr hielten die Stationen notdürftig besetzt — nährten bei den landeskundigen Ansiedlern die Befürchtung, daß die aufständische Bewegung auch auf das Damaraland übergreifen werde. Als dann gar die Kunde kam, daß der Ansiedler Bulck bei Gobabis zwei Herero, die bei ihm Vieh zu stehlen versucht hatten, erschossen hatte, hielten es landeskundige Leute in Anbetracht der Umstände, unter denen sich dieser Vorgang abgespielt hatte, für gewiß, daß auch eine Erhebung der Herero drohe. Im Gegensatz zu dieser festen Ueberzeugung der privaten Bevölkerung war die Regierung selbst noch wenige Tage vor dem Ausbruch des allgemeinen Aufstandes der Herero davon überzeugt, daß im Damaralande die Ruhe erhalten bleiben werde! Denn noch am 7. Januar erging eine Bekanntmachung des Bezirksamtmanns von Windhuk, worin versichert wurde, daß das Zentrum und auch der Osten des Schutzgebietes ruhig seien, und davor gewarnt wurde, alarmierende Nachrichten weiter zu verbreiten, da diese unbegründet seien. Noch am 11. Januar reiste der Bezirksamtmann von Windhuk nach Okahandja, um den dorthin verbreiteten Gerüchten über Aufstandsgelüsten unter den Herero nachzugehen und, wie er hoffte, durch sein persönliches Eingreifen jegliche Bewegung im Keime zu ersticken. Und schon an demselben Tage, dem 11. Januar, fiel als erstes Opfer ein vierzehnjähriger Knabe, den die Herero gröblich verstümmelten. Am 12. Januar wurde Okahandja von großen Massen Aufständischen beschossen und am 13. Januar erfolgte im ganzen Lande der allgemeine, planmäßig ausgeführte Ueberfall auf die Farmer, und die Ermordung aller Weißen, deren die Aufständischen habhaft wurden.

Deutsches Reich.

* Leipzig, 16. November.

* **Die Metzer Landesverratsaffäre.** Der wegen Verdachts des Landesverrats zu Metz seit Anfang Juni in Untersuchungshaft befindliche Friseur und Photograph Hense ist hierher nach Leipzig transportiert worden, um sich vor dem Reichsgericht zu verantworten. Hense ist ein geborener Luxemburger, aber in Elsaß-Lothringen naturalisiert. Er betrieb, wie erinnerlich, in Metz ein Friseurgeschäft und handelte nebenbei mit Ansichtspostkarten. Er soll nun verschiedene Teile der Festungswerke photographiert und die Aufnahmen an die französische Militärverwaltung verkauft haben. Hense wohnte die letzte Zeit in Nancy und wurde verhaftet, als er in Metz seine Geliebte besuchte. Die Polizei hatte schon längere Zeit auf ihn gefahndet.

* Berlin, 16. November.

* **„Erst sollen sie den Kanal schlucken, ehe sie die neuen Zölle kriegen."** Die Erinnerung an diese angeblich vor einigen Jahren gefallene Aeußerung wird wachgerufen durch einen Artikel der „Staatsbürgerztg." Wenn dieses Antisemitenorgan über die Gefühle der Konservativen recht unterrichtet ist, befinden sich die konservativen Kanalgegner gegenwärtig in ähnlicher Stimmung, wie vor zehn Jahren, als aus agrarischem Munde das Wort geprägt wurde: „Ohne Kanitz, keine Kühne." Die „Staatsbürgerztg." schreibt nämlich wörtlich:

„Die Konservativen werden die Kanalvorlage erst dann annehmen, wenn die neuen Handelsverträge einen ausreichenden Schutz der nationalen Arbeit, insbesondere der Landwirtschaft bringen. Vor der Verabschiedung solcher Handelsverträge wird die Regierung ihren Kanal nicht erhalten; sollte sie die Handelsverträge verschieben und vorher noch auf die Entscheidung in Sachen Kanalvorlage dringen wollen, so wird sie sich eine neue Niederlage holen. Diesen Bescheid dürfte Herr von Loebell inzwischen wohl auf dem Umwege über das Herrenhaus bereits erhalten haben."

Schon im Mai wurde von konservativer Seite die Absicht kundgegeben, die Entscheidung über den Kanal möglichst hinauszuschieben. In den ersten Tagen des wunderschönen Monats Mai schrieb ein konservativer Abgeordneter: „Die jetzt so frisch grünen Blätter werden bereits welken und abfallen, bis die Kanalkommission ihre Arbeiten beendet. Die Entscheidung aber wird auch dann noch nicht fallen." Wenn der Schnee liegt im nächsten Winter, werde die Vorlage zwischen dem Abgeordnetenhaus und dem Herrenhaus einander mehrmals hin- und herwandern, so daß wieder der Frühling ins Land kommen werde, ehe die letzte Entscheidung zu erwarten sei

* **Zur Reichstagsersatzwahl in Jerichow I und II.** Ohne Widerspruch zu finden geht durch die Presse das Gerücht, daß Ortsvorsteher die Amtsdiener in ihrer amtlichen Tätigkeit dazu verwenden, Gelder für den konservativen Wahlfonds einsammeln zu lassen. Auch sonst liegen noch Tatsachen von landrätlicher Seite vor, die jederzeit mit Beweisen belegt werden können und die dartun, daß trotz der Erfahrungen der früheren Jahre wieder von amtlicher Seite Einfluß auf die Wahl in konservativem Sinne ausgeübt wird. Wie stimmen damit die Versprechungen überein, die der Minister des Innern Freiherr von Hammerstein im vorigen Jahre für die Wahlen machte, in denen er jegliche Einwirkung der Beamten verboten und die völlige Freiheit der Wahl garantiert hat. Das jetzige Verfahren der Landräte kennzeichnet sich als das gerade Gegenteil. Wir fordern jetzt auf das entschiedenste gleiche Sonne und gleichen Wind für die kämpfenden Parteien, wenn anders der Wahlkreis vor der Ungültigkeitserklärung und Wiederholung der Wahl bewahrt bleiben soll. Wie stellt sich der Herr Reichskanzler und Ministerpräsident zu dem bündlerischen Treiben der Beamten?

* **Zum Kolonial-Etat.** Wie die „T. R." erfährt, ist es unrichtig, daß der neue Kolonial-Etat mit 91 Millionen Mark balanzieren werde. Die Summe steht vielmehr noch nicht fest; die angegebene Zahl beruht lediglich auf einstweiliger Schätzung. Natürlich ist die Differenz zwischen dem vorjährigen Etat und dieser durch Schätzung erhaltenen Summe — es handelt sich um rund 55 Millionen — nur dadurch bedingt, daß, entgegen der in der Notiz enthaltenen Behauptung, die außerordentlichen Ausgaben für Deutsch-Südwestafrika im Etatsjahr 1904 in ihr enthalten sind. Die Angabe, daß sie nicht eingegriffen seien, beruht auf einer Verwechslung damit, daß neben dem auf 91 Millionen geschätzten Etat pro 1905 erhebliche Nachtragsforderungen für 1904 zu erwarten sind. Abgesehen von den durch den Aufstand bedingten Ausgaben für Deutsch-Südwestafrika haben sich die für unsere Kolonien erforderlichen Reichszuschüsse, wie seit 1901 ständig, abermals vermindert.

* **Zu den deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen** wird der „Germania" aus Wien gemeldet, daß die Verhandlungen trotz der deutscherseits bewahrten Geduld durch die beständigen neuen Forderungen Oesterreich-Ungarns sehr erschwert würden. Infolgedessen herrsche auf deutscher Seite eine gewisse Mißstimmung.

* **Reisedispositionen des Kaisers.** Die Jagdbesuche des Kaisers in Oberschlesien werden, wie nunmehr feststeht, in folgender Reihenfolge stattfinden. Der Monarch trifft am 22. d. M., abends 6 Uhr als Jagdgast des Grafen Tschirschky-Renard mittels Sonderzuges in Groß-Strehlitz ein und wird hieran anschließend dem Grafen Tiele-Winckler auf Schloß Moschen, dem Fürsten Guido Henckel von Donnersmarck auf Neudeck, und dem Fürsten Christian Krafft zu Hohenlohe auf Slawentzin Jagdbesuche abstatten.

* **Zur angeblichen Kaiserzusammenkunft.** Die Meldungen von einem demnächstigen Zusammentreffen des Kaisers mit dem Zaren, die in Berliner, Wiener und Pariser Zeitungen in der verschiedensten Form aufgetaucht sind, dürften nach der „Post" auf eine und dieselbe ununterrichtete Quelle zurückzuführen sein. Jedenfalls ist von Berliner Kreisen eine Anregung zu einer derartigen Zusammenkunft nicht ergangen und ebenso ist es unwahrscheinlich, daß russischerseits eine derartige Absicht besteht oder bestanden hat, da in diesem Falle die Meldung wohl bereits eine Bestätigung erfahren hätte.

— Die vereinigten Ausschüsse des Bundesrats für Rechnungswesen und für Handel und Verkehr hielten am Dienstag eine Sitzung.

— Der Deutsche Handelstag hält am 12. und 13. Dezember eine Ausschußsitzung ab, in der Verkehrsfragen, das Vereinszollgesetz und die Maß- und Gewichtsordnung zur Beratung stehen.

*

* **Malchin,** 15. November. Der Landtag beider Mecklenburg ist heute mittag in der Johanniskirche feierlich eröffnet worden.

* **Gera,** 15. November. Der Staatsvertrag, der zwischen Reuß j. L. und dem Großherzogtum Sachsen bezüglich des gemeinschaftlichen Landgerichts in Gera besteht, ist gekündigt worden. Es schweben augenblicklich Verhandlungen über die Erneuerung des Vertrags. Reuß verlangt von Weimar für das Landgericht größere Zuschüsse.

* **Stuttgart,** 16. November. Das Königspaar reiste heute zum Jagdaufenthalt nach Bebenhausen. An den dortigen Hofjagden nimmt auch der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz teil.

* **Stuttgart,** 16. November. (E. M.) König Wilhelm wird zur Stärkung seiner durch Neuralgien angegriffenen Gesundheit diesen Winter mehrwöchigen Aufenthalt an der Riviera nehmen.

Ausland.

Frankreich.

* **Zum Wechsel im Kriegsministerium.** Die Demission Andrés sowie die Ernennung des Deputierten Berteaux zum Kriegsminister sind nunmehr auch amtlich bekannt gegeben worden. Der neue Kriegsminister Berteaux ist am 3. Juni 1852 geboren, ist jetzt also 52 Jahre alt. Er ist in seinem bürgerlichen Berufe Agent de Change, also Börsenmakler; er ist auch Bürgermeister von Chatou (Seine-et-Oise) und gehört der Kammer seit 1893 an. Die Raschheit, mit welcher der Wechsel sich vollzogen hat, zeigt jedenfalls, daß die Notwendigkeit, den General André zu ersetzen, in den Regierungskreisen keine Verlegenheit erzeugt hat. 1

Großbritannien.

* **Der Nordsee-Zwischenfall.** Das Board of Trade hat am Dienstag, wie schon kurz gemeldet, die Untersuchung über die Nordsee-Affäre in Hull begonnen. Als Vertreter der russischen Regierung war Dr. Herbert Woodhouse zugegen. Zunächst wurden die Leiter der beiden Fischerflotillen vernommen; beide erklärten entschieden, daß keine Kriegsmunition oder Japaner in den Räumlichkeiten der Fischereifahrzeuge verborgen gewesen seien, die überhaupt zu klein wären, um darin irgend etwas zu verstecken. Mehrere Fischer, die hierauf verhört wurden, stellten ebenfalls die Anwesenheit von Japanern bei den Fischerbooten in Abrede. Der britische Seeoffizier Frederic wies nach, daß die Russen vollständig außerhalb ihres Kurses gewesen seien. Dr. Woodhouse fragte den Zeugen, ob dies nicht, wenn die Russen Grund gehabt hätten, Gefahr zu befürchten, erklärlich sei. Der Zeuge erwiderte, das hänge von dem betreffenden Admiral ab.

Nord-Amerika.

* **Der Schiedsvertrag mit Frankreich.** Der am 1. November in Washington durch den Staatssekretär Hay und den französischen Botschafter Jusserand unterzeichnete Schiedsgerichtsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich ist das erste Abkommen dieser Art, das von der nordamerikanischen Republik mit einem europäischen Staat getroffen ist. Dieser ersten Vereinbarung, die nach dem Muster der am 14. Oktober 1903 abgeschlossenen englisch-französischen Konvention gestaltet ist und die beiden größten republikanischen Staatswesen der alten und der neuen Welt auf vertragsmäßigem Boden einander näher führt, werden demnächst weitere Schiedsgerichtsverträge mit Deutschland, Großbritannien und Italien folgen. Dem Verlauf der teils bereits eingeleiteten, teils noch bevorstehenden Verhandlungen zwischen den beteiligten Regierungen wird man mit voller Zuversicht entgegensehen dürfen, da kein Grund vorliegt, an der Bereitwilligkeit eines der genannten Staaten zu der Verpflichtung einer schiedsgerichtlichen Entscheidung für solche Fälle anzuzweifeln, die, wie es in den bisher zwischen europäischen Staaten abgeschlossenen Verträgen heißt, Streitfragen betreffen, die weder die Lebensinteressen noch die Unabhängigkeit oder Ehre der vertragschließenden Staaten berühren oder einen Konflikt mit den Interessen dritter Staaten herbeiführen können.

So sehr danach der Wert der bestehenden oder in Vorbereitung befindlichen Schiedsverträge beschränkt sein mag, die Möglichkeit ihres Abschlusses bezeugt doch, daß im großen und ganzen das politische Verhältnis der Vertragsstaaten eine Besserung erfahren hat. Es mag daran erinnert werden, daß schon einmal zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und England bezw. Frankreich andererseits Verhandlungen über den Abschluß eines Schiedsvertrages geschwebt haben, aber ohne Erfolg geblieben sind. Ein solcher englisch-amerikanischer Vertrag wurde am 12. Januar 1897 durch den damaligen amerikanischen Staatssekretär des Auswärtigen Olney und den englischen Botschafter Pauncefote unterzeichnet. Der Vertrag fand auch die Zustimmung des Repräsentantenhauses, wurde aber, obwohl Präsident Cleveland in einer Botschaft an den Senat die Beratung der Konvention eingehend begründete, von diesem am 5. Mai 1897 mit 42 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Die vorgeschriebene Zweidrittel-Mehrheit wurde also nicht erreicht. Der damals noch nicht entschiedene Alaska-Grenzstreit hatte in den tonangebenden politischen Kreisen Nordamerikas so tiefgehende Verstimmung hervorgerufen, daß daran der Entwurf scheiterte. Nunmehr ist dieser Streit und zwar in einer für die Union günstigen Weise erledigt, das stärkste Hinderxis für eine weitere Annäherung Englands und der Vereinigten Staaten also beseitigt. Ebenso gebiet der Gedanke eines französisch-amerikanischen Schiedsvertrages nicht erst der Gegenwart an. Bereits vor mehr als 16 Jahren, am 25. Juli 1888, richtete eine den französischen Friedensgesellschaften nahestehende Delegation unter Führung von Frédéric Passy an Goblet, den damaligen Minister des Aeußern, das Ersuchen, die Verhandlungen betreffend den Abschluß eines französisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages anzubahnen. Goblet erklärte sich gern bereit, einer solchen Anregung, wenn sie von Amerika ausginge, Folge zu geben, lehnte es aber ab, die Initiative in dieser Angelegenheit zu ergreifen. Auch in diesem Falle hat die Zeit das Ihrige getan und den französischen Interessenten die Erfüllung ihrer Wünsche gebracht.

* **Von den Philippinen.** Eine amerikanische Patrouille von 21 Mann mit Artillerie wurde nach der „Frkft. Ztg." auf einem Streifzuge nahe bei der Stadt Taft in der Provinz Samar von 300 Beloleuten vom Pulajanesstamme, die sich im Gras versteckt hatten, überrascht und aufgerieben. 10 amerikanische Soldaten getötet und fünf Geschütze von den Pulajanes weggenommen.